

Die Entwicklung des bäuerlichen Altenteils

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der juristischen Doktorwürde

an der

Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

von

Heinz Grunow

Gerichtsreferendar aus Berlin

Tag der mündlichen Prüfung: 7. Dezember 1938

Tag der Promotion: 24. Mai 1939

1 9 3 9

Druck: Triltsch & Huther, Berlin O 17

Dekan: Prof. Dr. Weigmann

1. Gutachter: Prof. Dr. Herbert Meyer

2. Gutachter: Prof. Dr. Klässel



Inhalt.

	Seite
Einführung	5
Erstes Kapitel:	
Der Ursprung des bäuerlichen Altenteils	7
Zweites Kapitel:	
Die Entwicklung des bäuerlichen Altenteils von den Hofesrechten bis zur Provinzialgesetzgebung	10
Drittes Kapitel:	
Die Entwicklung des bäuerlichen Altenteils durch die Provinzialgesetze des 18. Jahrhunderts	21
Viertes Kapitel:	
Die Entwicklung des bäuerlichen Altenteils bis zum . Erlaß des Reichserbhofgesetzes	28
Literaturverzeichnis	38



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Einführung.

Dem Verfasser erschien der Versuch lohnend, die Entwicklung des bäuerlichen Altenteils unter Berücksichtigung der gesamtgeschichtlichen Entwicklung darzustellen. Die bisher erschienenen Arbeiten auf dem Gebiete des bäuerlichen Altenteils begnügen sich mit der systematischen Darstellung der Entwicklung anhand der Quellen¹⁾.

Die vorliegende Schrift beschränkt sich auf eine Darstellung des bäuerlichen Altenteils, der sich im Zusammenhang mit der Hofesübergabe herausgebildet hat. Es war ein alter, weit verbreiteter Brauch, daß der Bauer im Alter seinen Hof dem Erben übergab und die Versorgung für sich, seine Ehefrau und etwaige bedürftige Kinder durch einen besonderen Vorbehalt, den Altenteil, mit dem Hofesübernehmer sicherstellte. Dieser Altenteil ist Gegenstand der vorliegenden Arbeit. Nicht dargestellt werden: der gesetzliche Altenteil des überlebenden Ehegatten, der Altenteil der Witwe, der gebrechlichen Kinder und des Interimswirtes²⁾.

Aus praktischen Erwägungen heraus ist in der vorliegenden Schrift hauptsächlich von dem bäuerlichen Altenteil die Rede. Diese Bezeichnung ist keineswegs einheitlich. Der Altenteil ist im ganzen deutschen Sprachgebiet zu allen Zeiten und unter den mannigfachsten Namen bekannt gewesen³⁾. Von diesen Bezeichnungen haben sich die Ausdrücke: Altenteil, Auszug und Leibzucht durchgesetzt. Eine ausführliche Erklärung und eine Untersuchung über ihr Vorkommen hat R u n d e⁴⁾ gegeben. Er hat ferner versucht, die einzelnen Benennungen nach ihrer Bedeutung in drei Klassen einzuteilen, je nachdem sie sich auf das Recht selbst, seinen Zweck, Umfang und seine Dauer oder auf die Person des Berechtigten und auf den Vertrag beziehen.

¹⁾ vgl. insbesondere Christian Ludwig Rundes Standardwerk: „Die Rechtslehre von der Leibzucht“, das eine sehr umfangreiche Quellensammlung und eine systematische Darstellung des bäuerlichen Altenteils enthält.

²⁾ vgl. R u n d e, Seite 351 ff.

³⁾ vgl. R u n d e, Seite 268; Gruchot XII, 427.

⁴⁾ Seite 268.

Auf die Darstellung der rechtlichen Natur des bäuerlichen Altenteils⁵⁾ und der sich aus dem Altenteil ergebenden Rechtsverhältnisse⁶⁾ mußte ebenfalls verzichtet werden. Das Reichserbhofgesetz hat nur den Altenteil des überlebenden Ehegatten ausdrücklich geregelt, nicht aber den Altenteil, der sich mit der Hofesübergabe herausgebildet hat. Erschien schon deshalb eine Darstellung der rechtlichen Natur des bäuerlichen Altenteils nicht so bedeutsam und förderlich, so hätte diese auch den Rahmen der Arbeit gesprengt, da die Materie in Schrifttum und Rechtsprechung unter den verschiedensten Gesichtspunkten sehr ausführlich behandelt worden ist⁷⁾. Auch hätte die Darstellung den Blick für die geschichtliche Entwicklung abgelenkt. Der Verfasser hat absichtlich bei der Darstellung des bäuerlichen Altenteils auf Einzelheiten verzichtet, um der Aufgabe gerecht zu werden, die gesamtgeschichtliche Entwicklung zu berücksichtigen und dadurch einen neuen Einblick in die wechselvolle Geschichte des deutschen Bauerntums zu bekommen.

⁵⁾ vgl. Runde, Seite 383 ff.

⁶⁾ vgl. Runde, Seite 419 ff.

⁷⁾ Hervorgehoben seien: Eichhorn, § 365, Seite 896; Beseler, System, Seite 874; Beseler, Erbverträge II, 2, Seite 200 ff.; Wigand, Paderborn I, Seite 191; Koch, ALR Teil I, § 602 ff.; Koch, Recht der Forderungen III, Seite 863; Stobbe V, Seite 399 ff.; Behrends, Seite 7 ff.; Gruchot XII, 426 ff.; Runde, Seite 383 ff.

Erstes Kapitel.

Der Ursprung des bäuerlichen Altenteils.

Über den Ursprung des bäuerlichen Altenteils ist in der alten und neuen Literatur bereits Bedeutsames ausgeführt worden. Insbesondere hat die Historische Rechtsschule des 19. Jahrhunderts mit bewundernswertem Eifer versucht, die Entstehung des bäuerlichen Altenteils zu erklären und die Zeit seines Ursprungs zu bestimmen. Es ist ihr jedoch versagt geblieben, diese Fragen erschöpfend zu beantworten. Der Grund hierfür liegt vor allem darin, daß sich die Historische Rechtsschule fast ausschließlich mit der Deutung der juristischen Form des bäuerlichen Altenteils beschäftigte, nicht aber mit seinem natürlichen Wesen selbst. Wenn auch die Äußerung K r a u s e s in seiner „Dissertatio circa iura et mores reservatorum rusticorum“¹⁾, daß der Altenteil so alt wie die Erde und göttlichen Ursprungs sei, zunächst nur einen historischen Wert haben mag, so enthält sie doch die kühne Behauptung, daß der Ursprung des bäuerlichen Altenteils in eine Zeit falle, die zumindest vor den von der Historischen Rechtsschule als Ausgangspunkt der Entwicklungsgeschichte betrachteten Quellenzeugnissen liegt. K r a u s e selbst hat keinen Beweis für seine Vermutung geführt. Neuere Forschungen haben jedoch ergeben, daß der bäuerliche Altenteil in Verbindung mit einem Hofesübergabevertrag ein uraltes Stück germanischer Gesellschaftsordnung ist. Insbesondere hat Alfred S c h u l t z e einen Vorstoß bis in die vorchristliche Zeit durch rechtsvergleichende Heranziehung der altnordischen Rechte unternommen²⁾.

Der Weg, den die altnordischen Quellen gehen, um die leibliche Versorgung des alternden Bauern sicherzustellen, ist ein anderer, als der der ersten bedeutsamen Quellen des 14. Jahrhunderts und aller späteren Quellen³⁾. Den altdänischen⁴⁾, alt-

¹⁾ vgl. das Zitat bei R u n d e, Seite 11.

²⁾ vgl. Rechtslage, Seite 258 ff.; auch Augustin, Seite 145 ff.

³⁾ Es muß hierbei scharf zwischen dem bäuerlichen Altenteil und dem Freiteil unterschieden werden. Der bäuerliche Altenteil, der sich bei der Hofesübergabe herausgebildet hat, dient der leiblichen, der Freiteil der seelischen Versorgung des alternden Bauern im Sinne christlicher Vorstellungen; vgl. Alfred S c h u l t z e, Rechtslage, Seite 260; Augustin, Seite 2.

⁴⁾ vgl. Alfred S c h u l t z e, Augustin, Seite 146; Rechtslage, Seite 267.

schwedischen⁵⁾ und isländischen⁶⁾ Rechten ist der „Umgang“ des alten und hilfsbedürftigen Altenteilers durch die Reihe der nächsten Erben gemein⁷⁾. Ansätze zu einer endgültigen Einzelnachfolge eines einzigen der nächsten Erben, etwa des Anerben, sind in den altnordischen Rechten nicht vorhanden⁸⁾. Der Umgang ist nordgermanisches Gemeingut⁹⁾. Die Behandlung des Versorgungsgutes beim Umgang ist in den altnordischen Rechten nicht einheitlich. Das dänische Recht nimmt hierbei eine Sonderstellung ein. Während bei den anderen altnordischen Schwesterrechten das Versorgungsgut im Umgang mit dem Bauern von einer Hand in die andere mitgeht und allmählich aufgezehrt wird¹⁰⁾, gibt das dänische Recht dem Altenteiler die Möglichkeit, sein Vermögen sofort unter sämtliche Erben aufzuteilen und nun entweder den Umgang bei ihnen zu nehmen oder bei gleichzeitiger Abspaltung eines Kopfteils (Hovedlods) für sich zu einem selbst erwählten Erben zu ziehen¹¹⁾. Dieser Hovedlod ist jedoch kein Freiteil¹²⁾.

Ähnliche Alimentationsverträge finden wir in der Formula Andecavensis Nr. 58¹³⁾ und in der Lex Saxonum 62¹⁴⁾. Die Formel Markulf II 13¹⁵⁾, die häufig als Altenteilsvertrag ausgelegt wird, ist lediglich eine adoptio in hereditatem¹⁶⁾. Auch die berühmte Stelle der Lex Burgundionum 24, 5¹⁷⁾ handelt nicht vom Altenteil — wie L e n n e p¹⁸⁾ annimmt — sondern vom Freiteilsrecht des Hausvaters gegenüber den Söhnen hinsichtlich des ganzen Hausgutes¹⁹⁾.

Der Einfluß der Christianisierung auf die Entwicklung des bäuerlichen Altenteils soll nicht verkannt werden. Daß er

⁵⁾ vgl. Alfred Schultze, Rechtslage, Seite 283.

⁶⁾ vgl. Alfred Schultze, Rechtslage, Seite 296.

⁷⁾ vgl. Alfred Schultze, Rechtslage, Seite 267, 269, 283.

⁸⁾ vgl. Alfred Schultze, Rechtslage, Seite 317.

⁹⁾ vgl. Alfred Schultze, Rechtslage, Seite 313.

¹⁰⁾ vgl. Alfred Schultze, Rechtslage, Seite 283, 314.

¹¹⁾ vgl. Alfred Schultze, Augustin, Seite 146; Rechtslage, Seite 267.

¹²⁾ vgl. Alfred Schultze, Augustin, Seite 146.

¹³⁾ bei Zeumer, Seite 24; vgl. auch die Ausführungen bei Alfred Schultze, Augustin, Seite 103; 146; Anm. 642.

¹⁴⁾ vgl. die Ausführungen bei Alfred Schultze, Augustin, Seite 167.

¹⁵⁾ bei Zeumer, Seite 83.

¹⁶⁾ vgl. Alfred Schultze, Augustin, Seite 16.

¹⁷⁾ Monum. German. Historica. Legum Sectio I Tom. II. P. I. Leges, Burgundionum, S. 63.

¹⁸⁾ Seite 34; vgl. auch Runde, Seite 14.

¹⁹⁾ vgl. Alfred Schultze, Augustin, Seite 14, 33, 52, 60, 139 ff.; Piepenbrock, Seite 22.

allerdings derart war, wie Fischer²⁰⁾ und Grimm²¹⁾ annahmen, dürfte durch die Forschungen Alfred Schultzes widerlegt sein. Schon Hagemann²²⁾ hat darauf hingewiesen, daß die Lehre, der Altenteil sei nach der Annahme der christlichen Religion an die Stelle des Totschlages getreten, irrig ist. Wir müssen Grimm dahin verstehen, daß an die Stelle eines tatsächlichen Todes ein rechtlicher Tod, der Altenteil, getreten sei. Es handelt sich also um eine Erklärung der Rechtsform des bäuerlichen Altenteils, was auch aus Grimm's Worten: „Der Vater läßt sich gleichsam bei lebzeiten beerben“ hervorgehen dürfte.

Auf die späteren Theorien über den Ursprung des bäuerlichen Altenteils kann hier nur insoweit eingegangen werden, als sie für die Entwicklung des bäuerlichen Altenteils von Bedeutung waren.

Nach Eichhorn²³⁾ hat insbesondere Christian Ludwig Runde²⁴⁾ eine sehr ausführliche Rechtslehre des Altenteils begründet und ihre Entstehung auf die altdeutsche Erbverlassung mittels Übergabe bei lebendigem Leibe und auf das Prinzip der deutschen Erbfolge im Grundeigentum zurückgeführt. Gegen diese Ansicht, die von vielen Schriftstellern des 19. Jahrhunderts bedenkenlos übernommen und so zur herrschenden Lehre wurde, haben sich insbesondere Beseler²⁵⁾ und Wigand²⁶⁾ ausgesprochen. Unter Würdigung der bäuerlichen Lebensverhältnisse, die den gebrechlichen Bauer veranlassen, seine Wirtschaft dem Anerben zu übertragen, kommt Beseler²⁷⁾ zu dem Schluß, daß sich der Altenteil in seinem geschichtlichen Ursprunge an die alte Vergabung von Todeswegen

²⁰⁾ Band II, § 62: „Weil die Teutschen nur die persönliche Leibesstärke schätzten, so war natürlich, daß ein abgelebter Greis bey ihnen ein unnützes Glied des Staates wurde. Daher sie dieselben gleich vielen anderen wilden Völkern todt schlugen. Nachdem aber die angenommene Christliche Religion dergleichen Todtschlag nicht mehr erlaubte, so führten sie das Altvaterrecht ein.“

²¹⁾ Rechtsaltertümer Seite 674, Ziff. 9: „Jenem heiteren sprung des alten vom felsen, nachdem er den kindern alle seine habe vertheilt hat, gleicht aber doch, was im deutschen recht das »setzen auf den alten theil« heißt. Der vater läßt sich gleichsam bei lebzeiten beerben, er tritt den kindern sein vermögen ab und zieht sich in eine ecke am heerd, in ein enges stübchen zurück, wo er seine letzten tage verleben will; den freien brand, eine leibzucht, eine pründe, hat er sich vorbehalten.“

²²⁾ Seite 87.

²³⁾ Seite 896.

²⁴⁾ Runde, Seite 11 ff., 293 ff.

²⁵⁾ System, Seite 650.

²⁶⁾ Seite 190; Paderborn.

²⁷⁾ System, Seite 873.

anlehne. B e s e l e r sieht aber bei aller Anerkennung der Verwandtschaft mit der Vergabung von Todeswegen den Altenteil als ein selbständiges Rechtsinstitut an²⁸⁾. Nach W i g a n d ist der Altenteil eine „unabänderliche Folge eines Familienverhältnisses ohne besondere Normen“. Der Vater habe dem tauglichsten Sohn die Wirtschaft überlassen und sich dafür in kranken Tagen warten und pflegen lassen. Später habe sich der Altenteil zu einem „besonderen Rechtsverhältnis und Herkommen“ ausgebildet, „das bloß im Conflict der Untheilbarkeit des Colonats mit dem daraus erwachsenen Anerbenrecht seinen Grund und seine Wurzel“ habe²⁹⁾. Eine vermittelnde Lehre hat Karl S c h m i d t ³⁰⁾ entwickelt, der den Ursprung des bäuerlichen Altenteils sowohl auf erbrechtlichem als auch auf familienrechtlichem Gebiet sieht. Für die Entstehung des Altenteils sei sowohl der alte Brauch der Vergabung von Todeswegen als auch die Beratung der Kinder entscheidend gewesen³¹⁾. Neuerdings hat E. H. W i l h. M e y e r ³²⁾ angedeutet, daß der Ursprung des bäuerlichen Altenteils in die Zeit falle, in der das Eigentum an Haus und Hof anerkannt worden sei.

Die Lehren von R u n d e , B e s e l e r , W i g a n d und Karl S c h m i d t befriedigen bei aller Würdigung ihrer Tiefe und Schärfe deshalb nicht, weil sie die Entstehung des bäuerlichen Altenteils nicht aus der sinnvollen germanischen Lebensordnung ableiten, sondern vielmehr diese aus späteren Quellenzeugnissen juristisch zu konstruieren versuchen. Die Andeutung M e y e r s entbehrt bisher irgendwelcher Quellenbelege.

Zweites Kapitel.

Die Entwicklung des bäuerlichen Altenteils von den Hofesrechten bis zur Provinzialgesetzgebung.

Die Hofesrechte enthalten die ersten bedeutsamen Bestimmungen über den bäuerlichen Altenteil und können als eigentlicher Ausgangspunkt der Entwicklungsgeschichte des

²⁸⁾ Erbvertrag II, 2, Seite 203.

²⁹⁾ Seite 191.

³⁰⁾ Seite 12.

³¹⁾ Beistimmend ohne Begründung P i e p e n b r o c k , Seite 17.

³²⁾ Seite 162.

bäuerlichen Altenteils betrachtet werden. Ihr Inhalt ist verschiedenartig gestaltet. Nicht nur die schon durch die Landschaft bedingte Eigenart der Höfe findet darin ihren entsprechenden Ausdruck, auch die Art und Weise der Entstehung der einzelnen Hofesrechte ist für ihren Inhalt von Bedeutung. Während im allgemeinen Übung war, daß der Hofherr die Besitzrechte und -pflichten bestimmte¹⁾, war es in Westfalen schon frühzeitig üblich geworden, die herkömmlichen Rechtsübungen aufzuzeichnen und das ungewisse Recht durch Gesetze in Urteilsform zu bestimmen²⁾. Wenn auch die Hofesrechte des 14. Jahrhunderts noch keine erschöpfende oder gar systematische Darstellung des geltenden Rechts kennen, so sind sie doch deshalb für die Darstellung des bäuerlichen Altenteils so wertvoll, weil ihre Bestimmungen und Anordnungen in fast allen späteren Rechtsordnungen als Kernstücke wiederkehren und schließlich am Ende der Provinzialgesetzgebung als umfangreiche Rechtssysteme erscheinen. Darüber hinaus stellen sie ein getreues Spiegelbild der gesamtgeschichtlichen Entwicklung des deutschen Bauerntums dar.

Die Bestimmungen über den bäuerlichen Altenteil sind in den Weistümern sehr spärlich. Um so reicher sind die Vorschriften über den gesetzlichen Altenteil des überlebenden Ehegatten und der Witwe, die jedoch in dieser Arbeit nicht ausgewertet werden können. Die wenigen Bestimmungen über den bäuerlichen Altenteil entstammen vorwiegend den westfälischen Gebieten; sie sind in den Rechten der einzelnen Höfe enthalten.

Wir wollen unsere Betrachtung mit dem „Recht des Hofes zu Loen“, dessen 107. Artikel vom Jahre 1363 datiert ist, und dem „Recht des alten Kluthengerichts und die Privilegien des ehemaligen Reichshofes Westhoven“ beginnen. Beide Hofesrechte haben die Aufgabe: zu verhindern, daß die Lebensfähigkeit eines Gutes durch Bestellung des Altenteils beeinträchtigt wird. Sie stellen deshalb die Forderungen auf, daß der Umfang des Altenteils nach der Ertragsfähigkeit des Gutes bemessen und damit die Zersplitterung des Hofes verhindert wird. Diese beiden, in späteren Hofesrechten stets wiederkehrenden Grundforderungen sind zum Teil ausdrücklich im Text erwähnt, zum anderen Teil ergeben sie sich aus den einzelnen Maßnahmen, die zu ihrer Verwirklichung angegeben sind.

Das Recht des Hofes zu Loen bestimmt im 10. Artikel ausdrück-

¹⁾ Stobbe, Band II, Seite 499.

²⁾ Runde, Seite 26.

lich, daß der Altenteil so bemessen werden soll „als dat guedt mochte dregen, dem schulten, den tegeders und dem ampte oer recht“³⁾). Diese Bestimmung findet sich zwar als ein Nachsatz zu einer Anordnung, die dem Schulzen bei Streitigkeiten zwischen Eltern und Kindern anläßlich der Bestellung eines Altenteils das Recht einräumt, den Altenteil zu setzen. Man könnte daher geneigt sein, ihr nur eine untergeordnete Bedeutung für den Sonderfall beizumessen, etwa ähnlich der Aufgabe des Schulzen. Das geht jedoch nicht an. Insbesondere rechtfertigen die weiteren Maßnahmen, die dazu dienen sollen, die Unversehrtheit des Hofinventars zu gewährleisten, den Schluß, daß der Gutsherr bereits ein lebhaftes Interesse daran hatte, das Gut lebensfähig zu erhalten und nicht an der Bestellung eines Altenteils zugrunde gehen zu lassen. So führt das Recht des Hofes zu Loen eine Anzahl von Haus- und Ackergeräten auf, die dem Gut verbleiben sollen: „dat beste bedde, den besten kettel, den besten pott, und eine vasselsogge, die beste ploich, dat beste perdt, den besten wagen, und so vorth alles des dar ist eine dat beste.“⁴⁾ Wenn auch hier erst nur einige wenige Gegenstände genannt werden, die außerdem kaum eine hinreichende Gewähr für die Erhaltung eines Bauerngutes bieten dürften, so hat diese Maßnahme doch eine besondere Bedeutung als Ausgangspunkt einer für die Entwicklung des bäuerlichen Altenteils wesentlichen Bestimmung. Auch die weiteren Vorschriften der Artikel 18, 37, 51 und 70⁵⁾ zeigen, wie weit bereits das Interesse des Gutsherrn geht.

Das Recht des Hofes Westhoven ordnet zu dem Zwecke, die Zersplitterung des Gutes zu verhindern, an, daß nach dem Tode des Altenteilers das für seinen alleinigen Gebrauch erbaute Haus abgebrochen werden muß „und to keener Fuirstett blyven“⁶⁾ soll. Nach dem Tode des überlebenden Altenteilers „faltt de Lyfftucht wider vry by dat Erff, dat greede Guet by der Lyfftucht nehmen des lyfftuchters Erven mit van dat Erff“⁷⁾.

Sowohl die Bestimmungen der Gerechtigkeit des Hofes zu Stadt Loen als auch die des Rechts des ehemaligen Reichshofes Westhoven zeigen, daß dem Grundsatz, die Lebensfähigkeit des Gutes trotz Bestellung eines Altenteils zu erhalten, eine Bedeutung zukam, die über das bisher übliche Maß hinausging. Konnte

³⁾ bei Grimm, Weistümer III, Seite 147.

⁴⁾ bei Grimm, Weistümer III, Art. 69, Seite 154.

⁵⁾ bei Grimm, Weistümer III, Seiten 147, 149, 151, 154.

⁶⁾ bei Runde a.a.O., Seite 29.

⁷⁾ bei Runde a.a.O., Seite 29.

damals auch der Altenteiler noch freie Vereinbarungen mit dem Hofesübernehmer treffen und bestand die Aufgabe des Schulzen nur in einer schlichtenden Tätigkeit in Streitfällen und noch nicht in einer ständigen Überwachung der Altenteilsvereinbarungen im Auftrage des Gutsherrn: die Maßnahmen der Hofesrechte lassen bereits ein Vordringen der gutsherrlichen Gewalt in die Eigenbereiche des bäuerlichen Selbstbestimmungsrechtes erkennen.

Diese Entwicklung ist, wenn wir die gesamtgeschichtliche Entwicklung des deutschen Bauernstandes betrachten, nicht verwunderlich. Der freiheitlichen Entwicklung des deutschen Bauerntums im 13. Jahrhundert wurde in dem Augenblick Einhalt geboten, als der innere Ausbau des Landes, die Auswanderung in das Kolonialland und der Auszug in die neugegründeten Städte aufhörte⁸⁾. Wenn es im Zuge der Entwicklung der Meierhöfe zu selbständigen Grundherrschaften⁹⁾ Meier wagen konnten, ihren ehemaligen Grundherren das Eigentum abzusprechen und dieses für sich zu beanspruchen, sowie die Erfüllung der übernommenen Pflichten zu verweigern, so war ein solches Verhalten nach den ersten Maßnahmen der Grundherren, die durch Freilassung von Hörigen frei gewordenen Zinshufen nach dem Vorbild des Haupthofes zu größeren Meierhöfen zu vereinigen und diese an freigelassene Meier zu verpachten¹⁰⁾, nicht mehr in dem Umfange möglich. Die Gutsherrschaft achtete wieder auf die Erfüllung der übernommenen Pflichten mit aller Strenge und trieb die durch die freiheitliche Entwicklung in Vergessenheit geratenen Abgaben und Dienste ohne Rücksicht ein.

Die Ursachen die zu dem Bauernaufstand des Jahres 1524 geführt haben, können im Rahmen dieser Arbeit nicht besprochen werden¹¹⁾. Die Folgen dieses Niederganges aber spürten die Bauern am heftigsten. Ihre Niederlage war so vollständig, daß an eine neue Erhebung vorläufig nicht zu denken war¹²⁾. Das Verhältnis zwischen Grundherrschaft und abhängigen Bauern wurde weit ungünstiger als vor dem Aufstand¹³⁾. Erst jetzt nimmt sich die gesetzgebende Gewalt des bäuerlichen Altentels an¹⁴⁾.

⁸⁾ vgl. Schröder-Künßberg, Seite 499.

⁹⁾ vgl. Planitz, Seite 122.

¹⁰⁾ vgl. Schröder-Künßberg, Seite 453 ff.

¹¹⁾ vgl. Franz, Seite 134 ff.

¹²⁾ vgl. Franz, Seite 461 ff.

¹³⁾ vgl. Franz, Seite 477.

¹⁴⁾ Runde führt auf Seite 39, 40 sehr treffend aus, daß die gesetzgebende Macht erst in den Zeiten angefangen habe, sich um die beson-

Im weiteren Umfange als die bisher zitierten frühen Quellenzeugnisse spiegeln die im 16. Jahrhundert entstandenen Hofesrechte und Provinzialgesetze die allgemeine Lage des deutschen Bauerntums. Während die Gerechtigkeit des Hofes zu Stadt Loen allgemein bestimmte, daß die Integrität des Hofinventars nicht angegriffen werden dürfe und nur wenige Gegenstände nannte, die auf dem Hofe verbleiben mußten, enthalten die Hofesrechte des 16. Jahrhunderts ausführliche Bestimmungen darüber, welche Gegenstände bei dem Erbe verbleiben müssen. Sie weisen noch besser den Einfluß der Grundherren auf die Gestaltung des bäuerlichen Altenteils nach und lassen sehr deutlich die Sorgsamkeit der Grundherren oder der fürstlichen Beamten erkennen, die sich auf eine strenge Untersagung der Zerstückelung der Höfe bezieht. Dies geschieht entweder dadurch, daß die Bestellung eines Altenteils ganz untersagt oder nur mit Genehmigung des Grundherrn und der Obrigkeit erlaubt wird. Diese stellen fest, ob die Bestellung des Altenteils erforderlich und der Altenteil selbst die Lebensfähigkeit des Gutes nicht beeinträchtigt.

Das älteste hessische Hufenedikt des Landgrafen Philipp aus dem Jahre 1535 untersagt die Bestellung des Altenteils bei Verlust des Gutes¹⁵⁾. Dieses gegen die Zerreißung der zins- und dienstbaren Hufengüter gerichtete Verbot hat seine Wirkung nicht verfehlt. Eine Wiederholung des Verbotes in den vielen darauffolgenden Verordnungen bis in das 18. Jahrhundert war nicht erforderlich¹⁶⁾.

Während das älteste hessische Hufenedikt sich in einer be-
zwingenden Kürze und Schärfe gegen die Aufteilung der Güter wendet, geben das „Recht der Reckenbergischen Hausgenossen“ und das „Hausgenossenrecht des Meyerhofes zu Westrum“ eine sehr ausführliche Aufzählung aller bei der Wehre verbleibenden Gegenstände.

Der Reckenbergischen Hausgenossen Recht bestimmt:

„Wird zu Land-Recht gefragt, was ein Man oder Frau von einem Erbe zur Leibzucht an Vieh und Guet nehmen möge? Dies gestellt. So eingebracht, daß dieselben von geheilen Erbe sechs Kühe, vom halben Erbe 3 Kühe mit Schweinen nach Ge-

deren Privatrechte der Bauern zu bekümmern, als man diese nicht mehr als bloße Hintersassen ihrer Gutsherren, sondern als steuerbare Untertanen anzusehen sich gewöhnte und der Landesherr in dieser Rücksicht das Interesse an dieser Lage mit dem Gutsherrn teilte.

¹⁵⁾ bei R u n d e , Seite 173.

¹⁶⁾ bei R u n d e , Seite 174.

legenheit des Erbe nehmen möge, vom geheelen Erbe ein Malt saethiges Landes als den vierten Theil des halben Erben oder Kotten nach Gelegenheit, und können sie sich untereinander nicht vergleichen, als haben sie durch frembde und Nachbahren solches zu versuchen, in Entstehung aber der Guete solches den Herren Beambten zur Wissenschaft und Nachrichtung anzu-melden¹⁷⁾.

Nicht weniger ausführlich ist das Hausgenossenrecht des Meierhofes zu Westrum. Es mag auf die besondere Regelung hingewiesen werden, die das Hausgenossenrecht für den Fall trifft, daß ein oder beide Altenteiler sterben: Der Dompropst erhält einen bestimmten Anteil¹⁸⁾:

„Wers nun aver sacke, dat de lieffttüchter störfte, idt sy (mann off) fruwe, so höret dem domprovest das halve goth, uhtbescheden dem amptmeyer siene gerechtigkeit; wert nun averst sake, dat de lieffttucht gantz möste störve, dat is, wenn mann und fruwe bede stervet, so thiet de domprovest allent wat dar is, in bywesen der huszgenoten wo boven gemelt, uthbescheden wat erdfeste und nagelfeste is, dat bliefft by der wehre, und ock alle korn, dar de syende nit hefft under hergegan, dat bliefft ock by der wehre. wannehr aber quäme, dat man de lieffttucht nit wüste, de tho dem erve horete off de hove, als idt wol mochte kommen; so moth de amptmeyer met samt den huszgenoten die lieffttucht wiesen na gelegenheit des hoves¹⁹⁾. Auch die weiteren zahlreichen Hofesrechte, Hausbriefe, Haus-sprachen und Urteile des 16. Jahrhunderts, von denen nur noch einigen nachfolgend Raum gegeben werden kann, bestätigen das Vordringen gutsherrlicher Gewalt. Die Anzahl der bei dem Erbe verbleibenden Gegenstände ist nur noch sehr selten nach dem Umfang und der Ertragsfähigkeit des Gutes bemessen, vielmehr vorwiegend dem eigenen Ermessen und Interesse der Gutsherrschaft überlassen.

Das Hausgenossenrecht von Rimslohe bestimmt den Umfang der bei dem Erbe verbleibenden Gegenstände wie folgt:

„So it ein vullständig erwe iss, gebühre sich by der wehre, to bliwen seess peerde, so de dar siet, seess koye, seess stercken, wagen, ploig, bodenroeff, einen groten kettel und pott, de helffte

¹⁷⁾ bei R u n d e, Seite 37.

¹⁸⁾ vgl. G r i m m, Weistümer III, Seite 197, letzter Absatz.

¹⁹⁾ vgl. demgegenüber das Hofrecht von Hattnegge: „Item alle die lyffttuchten, von den hoffs güderen gegeben, fallen wederumb nae dode der tuchter an den hoff, darüth die tucht gegeuen ist“, bei G r i m m, Weistümer III, Seite 53 Abs. 6.

des korns, kettelhacken, und van den schwinen nach de gelegenheit, und de helffte des korns blifft auck by der wehre²⁰⁾).

Die Haussprache zu Cappelen aus dem Jahre 1570 ordnet an: „Item so jemandes were, die van dess prauestes erue up die lyfftucht thein wurde, dem gebordt up dem erue und der weer tholaten veer perde, veer koie, die kaluer dregen offt hebben, dor tho einen bullen und eynen beer, so die dar sint, eyn vassellmutte, achte swine, eynen wagen, eyne ploich, eynen roiff midt eyner bodden, veer egeden, twee mesfarcken, twee flegell, eyne groite upstoipede kisten, eynen groiten pott, so guidt also he dar is“²¹⁾).

Die stets wiederkehrende Sorge der Gutsherrschaft, das Gut könnte durch die Bestellung eines Altenteils in seinem Bestande gefährdet werden, findet ihren Ausdruck in einer ständigen Überwachung der Übergabe- und Altenteilsverträge durch Beamte oder Gerichte und entwickelt sich in den Provinzialgesetzen des 18. Jahrhunderts zu einer Begleiterscheinung des bauerlichen Hofeübergaberechts.

Die im Anfang des 17. Jahrhunderts entstandenen Bestimmungen über den bauerlichen Altenteil, wie wir sie in Landtagsabschieden, Land- und Polizeiordnungen antreffen, sind zwar noch lückenhaft, jedoch für die Entwicklung des bauerlichen Altenteils von besonderer Bedeutung. Sie unterscheiden sich von den Quellen des 16. Jahrhunderts nicht nur dadurch, daß die Maßnahmen, die dazu dienen sollen, die Integrität des Hofes zu wahren und die Zersplitterung des Gutes zu verhindern, verschärft werden, darüber hinaus enthalten sie ausführliche Bestimmungen darüber, daß Altenteile ohne Einwilligung des Gutsherrn und der Obrigkeit nicht mehr bestellt werden dürfen. Einzelne Ordnungen setzen den Umfang des Altenteils fest und führen die Gründe an, die zur Verschärfung der bisherigen Maßnahmen geführt haben.

Schon der Gandersheimische Landtagsabschied vom 10. Oktober 1601 führt die unbewilligte Verschreibung des Meierhofes unter Gewährung eines Altenteiles als Abmeierungsgrund an²²⁾, und die Schauenburgische Polizeiordnung aus dem Jahre 1615 bestimmt nicht nur, daß Meier- und Kothöfe „ohn Unser und der

²⁰⁾ bei Grimm, Weistümer III, Seite 199, Art. 10.

²¹⁾ bei Grimm, Weistümer III, Seite 202, vorvorletzter Absatz. Vgl. noch das Hausgenossenrecht zu Walsen, bei Grimm, Weistümer III, Seite 204, dritter Absatz, das eine ähnliche Aufzählung der bei dem Erbe verbleibenden Gegenstände gibt.

²²⁾ vgl. Runde, Seite 99.

Gutsherrn Wissen, Willen und Consens nicht sollen verändert und mit Schulden beschweret werden“, sie setzt außerdem den Umfang des bäuerlichen Altenteils unter Angabe von Gründen fest:

„Damit aber auch die Leibzuchten, sonderlich denen Eltern nicht zu gering, dennoch auch also, daß es die Höfe ertragen können, gemacht werden, sollen dieselben uf den Meyer-Höfen, wenn Mann und Frau beyde noch Leben, höher nicht als uf acht Morgen Landes, und einen Morgen worin bey anderthalb Himbten Lein mag gesäet werden, uf Wiesenwachs zu 2 Fuder Heues, uf drey milche Kühe in die Weyde, Mast uf der alten Deelzucht in des Meyers Höltzung, wenn die verhanden, gesetzt und vermacht werden“²³⁾.

Um eine Zerreißung der Höfe zu verhindern, wird angeordnet:

„Man soll auch auf keinem Hofe mehr dann eine Leibzucht bewilligen, und dieselbigen schriftlich verfassen, damit die Güter nicht von den Höfen gerissen, sondern nach der Leibzüchter tödlichem Abgang, dabey wieder gelegt werden“²⁴⁾. Auch diese Bestimmung kehrt in den Provinzialgesetzen des 18. Jahrhunderts regelmäßig wieder.

Allerlei Mißstände, die durch Altenteilsbestellungen verursacht worden waren, haben zu dem Erlaß der Nassau-Katzenelnbogenschen Landordnung im Jahre 1616 geführt. Diese Mißstände kehren im Laufe der Entwicklung des bäuerlichen Altenteils stets wieder und sind so typisch, daß sie hier kurz aufgeführt werden sollen.

Es hatte sich — so führt die Quelle aus — zugetragen, daß Eltern ihren Kindern bei Lebzeiten alle oder den größten Teil der Güter erblich übergaben und sich einen Altenteil bestellen ließen „mit der Bedingniss, daß die Kinder eins und das andere, sie die Eltern, mit Kost und Trank die Zeit ihres Lebens versorgten, und sie mit dem Aussbehalt ihres Gefallens sollten gewähren lassen“²⁵⁾. Es geschah nun häufig, daß die Kinder ihrer Unterhaltungspflicht den Eltern gegenüber nicht nachkamen und die vereinbarten Altenteilsbezüge nicht erstatteten, den Eltern aber auch nicht die Güter zurückgaben. Es kam ferner oft vor, daß die Kinder und sogar die Enkel vor den Eltern starben und die Güter in fremde Hände übergingen, dieweil die Eltern „mit

²³⁾ bei R u n d e , Seite 75, 76.

²⁴⁾ bei R u n d e , Seite 75.

²⁵⁾ bei R u n d e , Seite 184.

Hunger und Kummer das Nachsehen²⁶⁾ hatten. Deshalb bestimmte die Katzenelnbogensche Landordnung:

„So setzen ordnen und wollen wir, daß alle solche Übergriffen und gleichsam Todt-Theilungen ins künfftig eher nicht, biss nach der Eltern Tod für kräfttig sollen geachtet noch gehalten werden, sondern den Eltern bevor- und frey stehen soll, dieselbige Güther jederzeit, und wenn es ihnen gefällt, aber doch mit Vorwissen Unserer oder Unser Beampten wider zu sich zu nehmen, und ihres Gefallens darmit zu schalten und zu walten²⁷⁾. Diese unbegrenzte Freiheit des Widerrufs ist später durch eine andere Verordnung eingeschränkt worden²⁸⁾, weil sich herausgestellt hatte, daß „durch einen Mißbrauch dieser allzuausgedehnten Freyheit des älterlichen Wiederrufs, die Kinder, und diejenige, welche mit ihnen contrahiret haben, ein Opfer des Eigensinns, der Gefährde, auch der List und Ueberredung geworden sind²⁹⁾).

Die Gesetzgebung der ehemaligen Grafschaft Lippe, die für die Entwicklung des bäuerlichen Altenteils, insbesondere durch ihre Verordnungen des 18. Jahrhunderts, Hervorragendes geleistet hat, geht von einer Polizeiordnung des Jahres 1620 aus, die im 10. Titel folgende Bestimmungen über die Altenteiler enthält:

„Diejenigen, so Alters oder Leibsgelegenheit halber ihrer Haushaltung noch vorstehen können, sollen zu keiner Leibzucht verstatet werden, und stehet dieses zu Erkenntnis der Beamten mit Zuziehung eines jeden Gutsherrn³⁰⁾. Dieser hier erwähnte Fall, daß noch nicht alte Leute auf den Altenteil gehen, kehrt ebenfalls in der Entwicklungsgeschichte des bäuerlichen Altenteils häufig wieder und wird bei der Besprechung der Provinzialgesetze des 18. Jahrhunderts ausführlich behandelt werden.

Die bisher zitierten Verordnungen des 17. Jahrhunderts beschreiten also neue Wege, um die Ertragsfähigkeit des Gutes zu erhalten. Wir finden zum ersten Mal in der Entwicklungsgeschichte des bäuerlichen Altenteils die Maßnahmen angedeutet, die später die Provinzialgesetze hauptsächlich zur Bekämpfung der Mißstände anwenden. Das ist zunächst die Fest-

²⁶⁾ bei R u n d e, Seite 185.

²⁷⁾ bei R u n d e, Seite 185.

²⁸⁾ Verordnung des Prinzen Wilhelm v. Oranien aus dem Jahre 1778.

²⁹⁾ bei R u n d e, Seite 186.

³⁰⁾ bei R u n d e, Seite 80.

setzung eines Höchstmaßes für den Umfang des bäuerlichen Altenteils, damit sowohl der Altenteiler als auch der Hofesübernehmer befriedigt und der Ruin des Hofes verhindert werde. Das ist ferner die Maßnahme, durch die verhindert werden soll, daß noch nicht gebrechliche Leute sich auf den Altenteil zurückziehen und dem Hofesübernehmer zur Last fallen.

Die nach dem Dreißigjährigen Krieg entstandenen Quellen lassen ein stetes Vordringen der gutsherrlichen Macht erkennen. Die Maßnahmen, die zur Erhaltung des Gutes dienen sollen, weisen eine besondere Schärfe auf. Die Verordnungen enthalten nunmehr die eindeutige Bestimmung, daß ein ohne ausdrückliche schriftliche Einwilligung des Gutsherrn bestellter Altenteil nichtig ist. Für den Fall der Zuwiderhandlung „soll nicht allein solche einseitig gemachte Leibzucht ungültig, sondern auch sowohl der Ab- als Antreter, und zwar ein jeder besonders in 10 Rthlr. Strafe verfallen seyn“³¹⁾. Die Provinzialgesetze widmen dem bäuerlichen Altenteil besondere Abschnitte, die erkennen lassen, mit welcher Aufmerksamkeit man sich dieses Institutes annimmt. Die Gesetze aus der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts sind aber auch deshalb von Interesse, weil sie sehr ausführlich die Mißstände aufführen, die zu ihrem Erlaß geführt haben. Es handelt sich insbesondere hierbei um zu frühzeitige und zu umfangreiche Altenteilsbestellungen, die schließlich zu einer Beschwer des Gutes und somit des Gutsherrn führen. So bestimmt z. B. das Eigentumsrecht der ehemals kurfürstlich-brandenburgischen Grafschaft Ravensberg vom 8. November 1669:

„Wenn die Eltern geneiget, den An-Erben das inhabende Gut bey Lebzeiten abzutretten, soll ihnen zwar solches consensu domini zugelassen seyn: weil sich aber öfters begiebt, daß die Eltern für den Abstand der Güter sich von den An-Erben ein gewisses Stück Geld versprechen lassen, oder eine sothane große Leibzucht behalten, daß sie davon überflüssig leben, hergegen jener unter den Beschwerden und gemachten Schulden kaum fortkommen kann; so ordnen Wir hiemit, daß sothane Pacta und Versprechungen außer der gewöhnlichen Leibzucht, gänzlich null und nichtig, und beyde Theile fiscaliter dazu gestrafet, wie auch von einen jeden Eigenthumsherrn die Leibzucht an Ländereyen, Mobilien und lebendiger Habe, wie gebräuchlich, nach der Billigkeit, und des Erbes Beschaffenheit,

³¹⁾ Hildesheimische Polizeiordnung aus dem Jahre 1665, bei R u n d e, Seite 116.

jedoch nicht ultra sextam determiniret und gesetzet werden solle³²⁾.

Eine weitere besonders ausführliche Verordnung des ehemaligen Fürstentums Lüneburg aus dem Jahre 1699 zeigt mit großer Offenheit die Mißstände an, die zu frühe und zu umfangreiche Altenteilsbestellungen verursacht haben. Die Gründe, die zu ihrem Erlaß geführt haben, sind vor allem die, daß sich Eltern „Ruhe und faule Tage“³³⁾ machen wollten. Die daraus entstehende Gefahr kennzeichnet die Verordnung mit den Worten, daß „daraus aber anders nichts als die Schwäch- und Verarmung des neuen Coloni, mithin des Hofes Ruin erfolgen kann“³⁴⁾.

Die frühzeitige Übergabe des Hofes unter Vorbehalt eines Altenteils brachte den Eltern neben einem sorgenfreien Leben noch die Vorteile, daß sie fortan weder Lehngeld noch Hausgenossenzins zu zahlen und keine Dienste mehr zu leisten brauchten. So sah sich Kurfürst Johann Georg III. von Sachsen im Jahre 1681 veranlaßt, einen Befehl zu erlassen: „daß kein nachtheiliger Auszug zu Abbruch des Lehngeldes auch des Haussgenossen-Zinses und Dienste sollen verstattet werden“³⁵⁾. Die Quellen zeigen, daß immer wieder versucht wurde, insbesondere unter Mitwirkung der Gerichte und Gutsherren, diese Übel abzustellen, sei es dadurch, daß man den Umfang des bäuerlichen Altenteils gewissenhaft nach der Ertragsfähigkeit des Gutes festlegte, sei es, daß man Freizügigkeit walten ließ. Zu einer befriedigenden Lösung ist es jedoch nur in wenigen Fällen gekommen. Man darf aber auch nicht vergessen, daß das Einschreiten der Gutsherrschaft und der Landesherren häufig erforderlich war, um erhebliche Mißstände zu beseitigen. Es kann für die nach dem Dreißigjährigen Krieg erlassenen Verordnungen nur in beschränktem Umfange die Vermutung ausgesprochen werden, daß die angeordneten Maßnahmen lediglich den eigennützigen Zwecken der Grundherren gedient haben, wenn auch die besondere Schärfe der Maßnahmen zu dieser Ansicht verleiten könnte.

³²⁾ bei R u n d e, Seite 43/44.

³³⁾ bei R u n d e, Seite 109.

³⁴⁾ bei R u n d e, Seite 109.

³⁵⁾ bei R u n d e, Seite 154/155.

Drittes Kapitel.

Die Entwicklung des bäuerlichen Altenteils durch die Provinzialgesetze des 18. Jahrhunderts.

Die wesentliche Ausbildung des bäuerlichen Altenteils erfolgte durch die Provinzialgesetze des 18. Jahrhunderts. Zwar hatte sich weder die Aufgabe, die schon die Hofesrechte zu erfüllen hatten, im Laufe der Entwicklung geändert, noch waren die beiden Grundforderungen einem Wandel unterlegen gewesen. Dagegen aber hatten die Mißstände, die im 17. Jahrhundert zu einer Kontrolle der Hofesübergabe- und Altenteilsverträge seitens der Gutsherrschaft und des Gerichts geführt hatten, im 18. Jahrhundert mehr und mehr um sich gegriffen. Es wäre wohl kaum zu einer so eingehenden Beschäftigung mit den bäuerlichen Altenteilsverhältnissen gekommen, wenn sich nicht gerade die Mißstände des 17. Jahrhunderts im Laufe des 18. Jahrhunderts so beträchtlich verbreitet hätten. Als sich aber die Notwendigkeit ergab, mit scharfen Mitteln gegen die Mißstände einzuschreiten, nahmen die Grundherren die Gelegenheit wahr, um ihre Befugnisse zu erweitern. Wenn wir am Ende des vorigen Kapitels nur sehr vorsichtig die Vermutung ausgesprochen haben, daß die Maßnahmen der Gutsherren lediglich eigennützigen Zwecken dienen könnten, so finden wir in den Quellen des 18. Jahrhunderts diese Vermutung oft bestätigt. Um den Nachweis hierfür zu führen, erstreckt sich unsere Untersuchung zunächst auf die Beantwortung der beiden Fragen:

Welcher Art waren die Mißstände,
und mit welchen Maßnahmen wurden sie bekämpft?

Die Mißstände, gegen die sich die Maßnahmen der Provinzialgesetze wenden, sind in der Hauptsache die gleichen, die zum Erlaß der Hofesrechte geführt haben: zu frühzeitige und zu umfangreiche Bestellungen von Altenteilen und der damit verbundene Ruin des Hofes. Schon der den Ständen und der Kammer im Jahre 1710 zum Gutachten vorgelegte Plan zu einer Meierordnung für das ehemalige Kurbraunschweigische Fürstentum Kalenberg führt einleitend aus, daß „durch frühzeitige auch starke und dem Hofe unerträgliche Leibzuchten die Meyerhöfe gar sehr herunter gebracht, und die neu-an tretende Meyer dadurch gleich anfangs dergestalt herunter gehalten werden, daß sie nimmer emporkommen können“¹⁾; und die „Chur-Cöll-

¹⁾ bei R u n d e , Seite 102 ff.

nische des Herzogthums Westphalen verbesserte Polizeyordnung vom Erzbischoff Joseph C l e m e n s , im Jahre 1723 gegeben.“ teilt mit, daß die Acker- und Vollspännerhöfe und auch Kotten bereits ganz oder zum größten Teil ruiniert sind, „weilen die alte Ackerleuthe, Halbspanner oder Köttern wann dieselbige die unterhabende Höfe und Kotten in große unabträgliche Schulden gesetzt, alsdann dieselbe denen Kindern, ohne des Gerichts auch der Gutsherren Vorwissen und Bewilligung abtreten, ihnen selbst eintragliche Leibzügten vorbehalten, denen Kindern große Brautschätze versprechen, an dessen statt bis zur Bezahlung etliche Morgen Landes für die Zinse zu gebrauchen mitgeben, und also diejenige, denen sie die Güter abtreten sofort in einen so großen Schuldenlast stürzten, worauss sie nimmer sich retten oder loss machen können“²⁾). Diese beiden Quellen charakterisieren die Zustände des 18. Jahrhunderts, so daß wir es uns versagen können, weitere Quellen anzuführen.

Es hatte sich aber auch ein weiterer Mißstand herausgebildet, nämlich der, „daß junge starke der Arbeit noch vollkommentlich fähige Eltern, die öfters selbst Mühe haben, sich mit all angewendeten Fleiss auf dem Guth fortzubringen, solches einem ihrer Kinder verkaufen, und durch ausbedungenen jährlichen Auszug das Guth merklichen beschwehren, sich auf die faule Hauth legen, und dadurch das kaufende Kindt, welches öfters nicht Hellerswerth, oder wenigst kein erkleckliches darzu aufzubringen weiß, zusamبت dem Guth in Verfall und wohl gar in gänzlichen Ruin, auch die übrige Geschwistere umb das sonst zu hoffen gehabte Erb bringen“³⁾).

Die Folgen dieser Mißstände sind bereits in den Quellen angedeutet, werden aber weitergehend durch die Landesverordnung des ehemaligen Fürstentums Fulda aus dem Jahre 1773 treffend dahin gekennzeichnet, daß nichts einem Bauerngute nachteiliger sei, als eine unzeitige und übermäßige Leibzucht, einerseits, weil „der vielmal noch kräftige Landmann sich auf dem Untergange des Gutes eine Hütte des Faullenzens baut“, andererseits, weil seine Kinder den übermäßigen Altenteilsleistungen nicht gewachsen sind und dadurch „viel Unheil, Hader, Zank und grundverderbliches Prozessieren“⁴⁾ entsteht.

Die Maßnahmen, die die einzelnen Provinzialgesetze zur Be-

²⁾ bei R u n d e , Seite 221.

³⁾ Verordnung des Bischofs Constantin v. 15. Juni 1715 für das ehemalige Fürstentum Fulda, bei R u n d e , Seite 192.

⁴⁾ bei R u n d e , Seite 196 ff.

kämpfung der Übelstände anwenden, sind sehr verschiedenartige, je nachdem, ob sie bezwecken, dem „dem Nahrungsstande des Landmanns so schadhaften als der Ehre Gottes so nachtheiligen Unwesen andurch die gesetzmäßige Schranken zu setzen“⁵⁾ oder aber, ob sie lediglich den eigennützigen Bestrebungen der Gutsherren dienen.

Die einzelnen Maßnahmen hat die Polizeiordnung des ehemaligen Herzogtums Westfalen aus dem Jahre 1723 dahin zusammengefaßt, daß keine Leibzucht ohne Vorwissen und Bewilligung der Beamten, Gerichts- und Gutsherren bestellt werden darf, einseitig gegebene Altenteile ungültig sind und Ab- und Antreter Strafe zahlen müssen⁶⁾. Diese drei Hauptmaßnahmen sind zwar nicht regelmäßig in jedem Provinzialgesetz nebeneinander enthalten, ziehen sich aber durch die ganze Provinzialgesetzgebung hindurch und treten zum Teil stärker, zum Teil schwächer in den Vordergrund.

Schon frühzeitig bestimmt „Die Schultzen- und Bauerordnung des Herzogs Friedrich Wilhelm vom 1. Juli 1702“: „Dass keine neue sogenannte alte Theile, ohne Fürstlichen Consens mehr gebauet, und denen jetzo darin wohnenden, nicht vergönnet werde, über die Gebühr Einsaat zu säen, und Vieh zu halten, immassen dadurch die Hufen geschwächt werden“⁷⁾.

Über die Art und Höhe der Strafe treffen die einzelnen Provinzialgesetze keine einheitlichen Bestimmungen. Sie kann eine Geldstrafe sein⁸⁾; es kann aber auch bestimmt werden, daß „hinkünftig des Leibzüchters allinge Nachlassenschaft nach dessen Tod dem Landesherrn verfallen, und der Meyer nichts desto weniger des Leibzüchters Sterbfall von dem ganzen Gut zu dingen schuldig seyn“⁹⁾ soll.

⁵⁾ Landesverordnung für das ehemalige Fürstentum Fulda aus dem Jahre 1773, bei R u n d e, Seite 197.

⁶⁾ bei R u n d e, Seite 221, 222.

⁷⁾ bei R u n d e, Seite 129; vgl. auch: § 10 der Osnabrückischen Eigentumsordnung aus dem Jahre 1722, bei R u n d e, Seite 52 ff.; das Postskriptum für die Leihe- und Landsiedelgüter im Oberfürstentum Marburg aus dem Jahre 1739, bei R u n d e, Seite 174; § 2 der fürstlich-münsterischen Eigentumsordnung von 1770, bei R u n d e, Seite 62; § 2 der vollständigen Meierordnung für das ehemalige Kurbraunschweigische Fürstentum Kalenberg aus dem Jahre 1772, bei R u n d e, Seite 104 ff.; § 1 des 12. Kapitels der „Königlich Preußischen Eigenthumsordnung des Fürstenthums Minden und der Grafschaft Ravensberg vom 26sten Nov. 1741“, bei R u n d e, Seite 46 ff.

⁸⁾ vgl. die „Chur-Cöllnische des Herzogthums Westphalen verbesserte Polizeyordnung vom Erzbischoff Joseph Clemens, im Jahre 1723 gegeben“, bei R u n d e, Seite 221 ff.

⁹⁾ Verordnung des Bischofs Clemens August für das ehemalige Fürstentum Paderborn aus dem Jahre 1724, bei R u n d e, Seite 72.

Die bisher angeführten Quellen lassen erkennen, daß die Gesetzgebung geneigt ist, neue Altenteilsbestellungen grundsätzlich nur mit ausdrücklicher Einwilligung des Grundherrn zu gestatten und bereits vorhandene Altenteile auf ein Mindestmaß herabzusetzen. Wird aber die Bestellung eines Altenteils genehmigt, so wird der Umfang des Altenteils genau bestimmt. Welche Umstände hierbei berücksichtigt werden müssen, zeigt sehr schön die vollständige Meierordnung für das ehemalige Kurbraunschweigische Fürstentum Kalenberg aus dem Jahre 1772, welche im § 2 bestimmt:

„Wenn der Meyer den Hof übergibt, so gebühret demselben, vor sich und seine Frau eine nach denen Umständen, dem Ertrage des Guths, und dem Vermögen, was der abgehende Wirth ausser solchem besitzt, zu bestimmende Leib-Zucht, wobey allezeit darauf Rücksicht zu nehmen, ob die abgehenden dem Hofe gut vorgestanden, ihn verbessert, Schulden abgetragen, neu gebauet, auch viel eingebracht, und in dem Hofe zu dessen Besten verwendet haben, als in welchen Fällen ihnen mehr gebühret, als wenn der Hof unter ihrer Administration herunter gekommen ist“¹⁰⁾.

Ausführlicher ist das Redintegrationsedikt zu der Verordnung des Bischofs Constantin für das ehemalige Fürstentum Fulda vom 20. Juni 1736, wonach bei der Bestellung eines Altenteils „auf die vordringende Umstände, den etwaigen auf denen Gütern haftenden Schulden, und anderen Last, oder auf mehr oder weniger vermutlich noch zu lebende Jahre des Güterübergebenden, auch in Ansehung des gegenwärtigen- oder doch sicher überkommenden Vermögens des die Güter übernehmenden Theils, ja auf die Qualität der Güter selbst, und was noch für mehrere Umstände in Ansehung noch vorhandener Kinder und Erben sein können, wohl reflectiret, und der Auszug hiernach reguliret werden“ soll¹¹⁾.

Die sorgfältigste Beschreibung der Altenteilsleistungen enthält die im Jahre 1781 erlassene Verordnung des ehemaligen Fürstentums Hildesheim¹²⁾, die in ihrer Art den Höhepunkt der

¹⁰⁾ bei R u n d e, Seite 104 ff. Vgl. auch das Konzept zu einer Meierordnung für das ehemalige Kurbraunschweigische Fürstentum Kalenberg aus dem Jahre 1710, bei R u n d e, Seite 102 ff.; § 3 der Fürstlich Münsterischen Eigentumsordnung aus dem Jahre 1770, bei R u n d e, Seite 62 ff.; § 6 der Lippischen Verordnung aus dem Jahre 1781, bei R u n d e, Seite 82 ff.

¹¹⁾ bei R u n d e, Seite 193 ff.

¹²⁾ bei R u n d e, Seite 119 ff.

Provinzialgesetzgebung darstellt. Sie ist die letzte große Verordnung am Ausgang des 18. Jahrhunderts, die sorgfältigste, zweckmäßigste und vollständigste Schöpfung des ganzen Jahrhunderts. Ihre Größe liegt darin, daß sie nicht dem Eigennutz des Gutsherrn, sondern dem Schutze des Bodens und der Gesunderhaltung des Bauernstandes dient. Es ist nicht möglich, den Text dieser umfangreichen ¹³⁾Verordnung hier wiederzugeben; es muß auf *R u n d e*, Seite 119 ff., verwiesen werden. Was die Hildesheimische Verordnung auszeichnet, ist die sorgsame und wohlwollende Beschreibung und einheitliche Festsetzung der Altenteilsbeträge für das Fürstentum Hildesheim¹³⁾.

Von den weiteren Maßnahmen der Provinzialgesetze, die der Unterdrückung der Mißstände dienen sollen, seien noch kurz einige genannt, die in den einzelnen Gesetzen regelmäßig wiederkehren.

Häufig treffen die Provinzialgesetze Bestimmungen, die die Altenteilsbestellungen von einem bestimmten Mindestalter des Altenteilers abhängig machen. Dieses schwankt zwischen 50 und 65 Jahren¹⁴⁾.

Die Altenteiler werden zur Mitarbeit verpflichtet, „es sey denn dass es wegen Leibesgebrechen nicht geschehen kann“¹⁵⁾.

Die Schauenburgische Meierordnung aus dem Jahre 1774 verbietet die Errichtung von Altenteilerhäusern, wenn die Möglichkeit besteht, „daß der Leibzüchter bey dem Colono unter einem Dache wohnen könne“¹⁶⁾.

Den Altenteilern ist verboten, Schulden auf dem Altenteil zu

¹³⁾ Ebenso wohlwollend, aber nicht so ausführlich, ist die Osnabrückische Eigentumsordnung aus dem Jahre 1722, vgl. § 2, bei *R u n d e*, Seite 53, und die Lippische Verordnung aus dem Jahre 1781, bei *R u n d e*, Seite 82 ff., die eine große Ähnlichkeit mit der Hildesheimischen Verordnung aufweist.

¹⁴⁾ vgl. die „Anweisung für die Dorfgerichte in dem Bezirk des Creyssamts Wittenberg von 1773“, bei *R u n d e*, Seite 162; den Plan zu einer Meierordnung für das ehemalige Kurbraunschweigische Fürstentum Kalenberg von 1710, bei *R u n d e*, Seite 102 ff.; § 1 der Meierordnung für das ehemalige Kurbraunschweigische Fürstentum Kalenberg von 1772; das Redintegrationsedikt zu der Verordnung des Bischofs Constantin vom 20. Juni 1736, bei *R u n d e*, Seite 193 ff.; § 1 der Landesverordnung für das ehemalige Fürstentum Fulda von 1773, bei *R u n d e*, Seite 193 ff.; § 11 der im Jahre 1781 erlassenen Verordnung des ehemaligen Fürstentums Hildesheim, bei *R u n d e*, Seite 119 ff.; Verordnung für den Kurhessischen Anteil der Grafschaft Hanau aus dem Jahre 1742, bei *R u n d e*, Seite 178.

¹⁵⁾ bei *R u n d e*, Seite 130.

¹⁶⁾ bei *R u n d e*, Seite 78. Bestehende Leibzuchtshäuser sollen „abgeschafft und zu einem dem Hofe nützlichen Gebrauch verwendet werden“, bei *R u n d e*, Seite 78.

machen oder die Mobilien zu veräußern und zu verpfänden. Geschieht es dennoch, so ist der Vertrag nichtig¹⁷⁾.

Auch sollen nicht zwei Altenteile auf einem Gut ruhen¹⁸⁾.

Um den Rahmen dieser Arbeit nicht zu sprengen und um eine Konzentration des an sich umfangreichen Stoffes zu erreichen, haben wir uns auf das Zitat einiger zur Bekämpfung der Mißstände verwendeten Maßnahmen beschränkt. Auch dürften diese ausreichen, um den Nachweis dafür zu führen, daß die Provinzialgesetzgebung ein weiteres Vordringen gutsherrlicher Gewalt in die Eigenbereiche bäuerlichen Selbstbestimmungsrechtes darstellt. Es darf jedoch nicht verkannt werden, daß der Einfluß der Guts- und Grundherren auf die Gestaltung der Gutsüberlassungs- und Altenteilsverträge nicht in allen Gesetzen gleich stark ist. Den Bestimmungen der Verordnung des Bischofs C l e m e n s A u g u s t für das Fürstentum Paderborn aus dem Jahre 1724 oder der „Königlich Preußischen Eigenthumsordnung des Fürstenthums Minden und der Grafschaft Ravensberg vom 26 sten Nov. 1741“ stehen die Bestimmungen der „Landes-Verordnung vom Auszug oder Leibzucht bey dem Verkauf oder Uebergab deren Bauern-Erblehn- oder Lassgütern von Bischoff H e i n r i c h“ aus dem Jahre 1773¹⁹⁾, oder der im Jahre 1781 erlassenen Verordnung des ehemaligen Fürstentums Hildesheim gegenüber. Einerseits können sie als Musterbeispiel dafür angeführt werden, wie weit die Knebelung des Bauernstandes vorgeschritten war²⁰⁾, andererseits als „ein Muster für jede Regierung, welche es der Mühe werth hält, durch weise Verfügungen diese reichhaltige Quelle verderblicher Prozesse zu verstopfen“²¹⁾. Soweit sich die Provinzialgesetzgebung damit befaßte, die Zersplitterung des Bodens zu verhüten und die Integrität der Güter zu wahren, damit das Land nicht faulen Wirten zum Opfer fiel, war ihr Streben lobenswert. Oft aber ging sie eigene, egoistische Wege, indem sie unter dem Vorwand, das Land zu erhalten und die Bauern vor dem Ruin zu bewahren, das Land den Gutsherrn vollkommen auslieferte und die Bauern knechtete. Jene Sorge um die Erhaltung des Bodens und des Bauernstandes war allzuoft eine Sorge um die Höhe

¹⁷⁾ § 15 der Lippischen Verordnung aus dem Jahre 1781, bei R u n d e , Seite 82 ff. (88).

¹⁸⁾ vgl. § 22 der Landesverordnung für das ehemalige Fürstentum Fulda aus dem Jahre 1773, bei R u n d e , Seite 197 (208); § 16 der Lippischen Verordnung aus dem Jahre 1781, bei R u n d e , Seite 82 ff. (89).

¹⁹⁾ vgl. R u n d e , Seite 196 ff.

²⁰⁾ vgl. R i e h l , Westfälisches Bauernrecht, Seite 8, 14.

²¹⁾ vgl. R u n d e , Seite 192.

des Zinses und der Fronen, kurzum: des eigenen Profits. Wir wollen hierbei in der Würdigung nicht so weit gehen wie R u n d e , daß an und für sich die gutsherrlichen Dienst- und Zinsrechte, ja, selbst die Proprietät, keinen hinreichenden Grund ergeben, in eine Verfügung einzugreifen, welche allein die Nutzungen betrifft, wenn nur jene Gerechtsame auch für den Fall, daß für eine unzeitige oder übermäßige Altenteilsbestellung der Zusammenbruch des Gutes droht, hinreichend gesichert bleiben²²⁾. Wir wollen in den Fällen, in denen die gutsherrlichen Gerechtsame von dem Umfang sind, daß ihre Erfüllung vorwiegend von der Bewirtschaftung des Colonats abhängt, den Gutsherren eine Mitwirkung beim Abschluß der Hofesübergabe- und Altenteilsverträge einräumen²³⁾. Hat die Prüfung ergeben, daß die zur Erhaltung des Hofes erforderlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind, so mag der Gutsherr seine Einwilligung verweigern oder sie unter gewissen Bedingungen erteilen. Der Altenteil soll — wie R u n d e richtig bemerkt — „kein Faultheil, sondern eine belohnende Versorgung des unfähig gewordenen Wirthschafters seyn“²⁴⁾.

So vielgestaltig und gegensätzlich die einzelnen Provinzialgesetze sind, so spiegeln sie doch auch die Entwicklung des deutschen Bauernstandes, die sich ebenfalls in den einzelnen Gegenden Deutschlands sehr verschiedenartig vollzog. Schon im Laufe des 17. Jahrhunderts war im Südwesten Deutschlands die Leibeigenschaft mehr und mehr vorgedrungen und hatte sich eine stärkere Abhängigkeit der Bauern, meist durch Verschuldung hervorgerufen, bemerkbar gemacht. Im Nordwesten Deutschlands dagegen war das frühere Bauernrecht in seinen wesentlichen Merkmalen bestehen geblieben. Die Meierhöfe waren erblich, der Bauer war persönlich frei geworden, und seine Leistungen hatten sich in Reallasten verwandelt. In Mitteldeutschland herrschte neben dem Erbzinsgut das schlichte Zinsgut vor, und in dem durch den Krieg besonders schwer betroffenen Osten Deutschlands hatten sich große Rittergüter entwickelt, die eine Verschlechterung der bäuerlichen Verhältnisse nach sich zogen. Das 18. Jahrhundert, das Zeitalter der Aufklärung, mit seinen Thesen der allgemeinen Menschenwürde und der sozialen Gleichberechtigung aller Menschen, war an sich dem Bauernstande günstig gesonnen, hat aber zu einer Befreiung des deutschen Bauernstandes nicht geführt, sondern nur

²²⁾ Seite 338 ff.

²³⁾ vgl. die Ausführungen bei R u n d e , Seite 512 ff.

²⁴⁾ Seite 495.

zu einigen landschaftlich begrenzten Verbesserungen. Schon der große Kurfürst hatte wertvolle Vorarbeiten zur Reform des deutschen Bauernstandes geleistet. Vorbildlich waren die Maßnahmen, die Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große in Preußen zur Erhaltung des deutschen Bauernstandes ergriffen: Die Besiedlung Ostpreußens, die Trockenlegung großer Sumpfgebiete, sowie die Aufhebung der Leibeigenschaft und der Zwangsgesindedienste auf den ostpreussischen und litauischen Domänen. In den anderen Gegenden Deutschlands aber blieb die Lage der Bauern unverändert. Dort wurde der Kampf ausgetragen zwischen Bauern und Gutsherren, ein Kampf, der vorwiegend zum Siege der Gutsherren entschieden wurde.

Viertes Kapitel.

Die Entwicklung des bäuerlichen Altenteils bis zum Erlaß des Reichserbhofigesetzes.

Die Fortbildung des bäuerlichen Altenteils geschah im 19. Jahrhundert vornehmlich durch Literatur und Rechtsprechung. Der Streit ging vorwiegend um die rechtliche Natur des Altenteils und war letzten Endes eine Auseinandersetzung mit der Rechtslehre Rundes. Wie sehr man einerseits die Verdienste der Historischen Rechtsschule und der anderen Schriftsteller um die Erforschung des Rechtscharakters des bäuerlichen Altenteils anerkennen muß, darf man andererseits nicht verkennen, daß sich die Bemühungen, den Altenteilsvertrag in eine juristische Konstruktion zu zwingen, in einer Vergewaltigung des natürlichen Charakters des bäuerlichen Altenteils gefielen. Unter den vielen Vertragstypen des Zivilrechts gibt es keinen, der auf den Altenteilsvertrag angewendet werden könnte. Der Altenteilsvertrag ist mit seinen vielfältigen Erscheinungsformen ein atypisches Rechtsinstitut¹⁾, welches sich einer juristischen Definition entzieht.

Schon das Allgemeine Landrecht von 1794 hatte keine befriedigende Lösung der Altenteilsverhältnisse gebracht. Es widmet dem Altenteil nicht einmal einen besonderen Titel, sondern be-

¹⁾ So schon Beseler, Erbverträge II, 2, Seite 203; vgl. auch Runde, Seite 3; Stobbe V, Seite 410; Blomeyer, Seite 161 ff.

handelt ihn nebenbei unter dem Titel „Von gewagten Geschäften“. Die §§ 603, 604, die später durch das Gesetz über die Form einiger Rechtsgeschäfte vom 11. Juli 1845 aufgehoben wurden²⁾, bestimmten allgemein, daß der Altenteil gerichtlich reguliert werden müsse, und daß der Richter berechtigt und verpflichtet sei, darauf zu halten, „daß der neue Besitzer dem Abgehenden nicht solche übermäßige Vortheile einräume, wodurch er selbst der Stelle gehörig vorzustehen, und die Lasten derselben zu übertragen unvermögend wird“³⁾. Aufgabe des Richters war es also, mit den Parteien die Leistungen zu besprechen und nach den Kräften der Stelle zu bestimmen. In Streitfällen setzte der Richter nach seinem Ermessen den Altenteil fest⁴⁾. Das Allgemeine Landrecht hatte sich also lediglich darauf beschränkt, die wichtigsten Bestimmungen der Provinzialgesetze in aller Kürze zu wiederholen und im übrigen auf die Provinzialgesetze zu verweisen (§ 605). Es wäre unter Berücksichtigung der Vielgestaltigkeit und Gegensätzlichkeit der Provinzialgesetze wünschenswert gewesen, wenn das Allgemeine Landrecht eine allgemein-verbindliche Regelung getroffen hätte, die in groben Umrissen allen Provinzialgesetzen den Weg gewiesen hätte.

Die Regelung des bauerlichen Altenteils im Wege der Gesetzgebung ist im ganzen 19. Jahrhundert sehr spärlich. Das 19. Jahrhundert steht noch ganz im Banne der Provinzialgesetzgebung, wie sie das Allgemeine Landrecht anerkannt hatte. Zu einer schöpferischen Tat auf dem Gebiet des bauerlichen Altenteils ist es nicht gekommen.

In den Bürgerlichen Gesetzbüchern einiger Länder finden wir Definitionen des Altenteils und Bestimmungen allgemeinen Charakters. So behandelt das Sächsische Bürgerliche Gesetzbuch von 1863 den Altenteil in den §§ 1157 bis 1172, und das Badische Landrecht in den „Sätzen“ 1100 a. ff., 1983 a. ff. Auch in den Entwürfen zu einem Allgemeinen Bürgerlichen Recht, die von den verschiedenen Bundesstaaten vor 1864 ausgearbeitet wurden, findet der bauerliche Altenteil Erwähnung. Es mag auf den Bayrischen Entwurf Art. 794 ff., den Dresdner Entwurf Art. 879 ff. und den Hessischen Entwurf Art. 575 ff. hingewiesen werden. Die letzte Hoffnung, daß das Bürgerliche Gesetzbuch eine Neuregelung der Altenteilsverhältnisse bringen würde, ging nicht in Erfüllung.

²⁾ bei Koch, Teil I Tit. 11, Seite 882.

³⁾ bei Koch, a.a.O. Seite 882.

⁴⁾ vgl. Koch, Recht der Forderungen III, Seite 861.

Der amtliche Entwurf zum Bürgerlichen Gesetzbuch enthält über den bauerlichen Altenteil keine besonderen Bestimmungen. Die Motive zu dem Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches⁵⁾ überlassen die Regelung der Landesgesetzgebung mit der Begründung: „Welche obligatorischen Rechte und Pflichten der Vertragsschließenden aus einem derartigen Verträge entspringen, läßt sich nicht im Allgemeinen bestimmen. Was in der einen oder anderen Beziehung vorzuschreiben als nothwendig oder angemessen erscheint, hängt vielmehr von Sitten, Gebräuchen und mancherlei Verhältnissen ab, welche in den Gebieten des deutschen Reiches völlig verschieden sind. Die Erlassung solcher dispositiven oder interpretativen Rechtsnormen muß daher den Landesgesetzen vorbehalten bleiben“⁶⁾.

Der Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuches erster Lesung⁷⁾ teilt in einer Anmerkung zum 14. Titel mit, daß das Einführungsgesetzbuch eine Bestimmung enthalten werde, wonach den Landesgesetzen vorbehalten bleibt, für den mit der Überlassung eines Gutes in Verbindung stehenden Altenteilsvertrag Vorschriften zu erlassen, welche in Ermangelung einer entgegengesetzten Vereinbarung für die Rechte und Pflichten der Vertragsschließenden maßgebend sein sollen. Demgemäß spricht der Entwurf eines Einführungsgesetzbuches zum Bürgerlichen Gesetzbuch erster Lesung im Artikel 59⁸⁾ den in der Anmerkung zum 14. Titel vorgesehenen Vorbehalt aus. Dieser beschränkt sich allerdings — wie die Motive zum Entwurf ausdrücklich feststellen⁹⁾ — auf diejenigen Verträge, welche in Verbindung mit der Überlassung eines Gutes stehen.

§ 96 des Einführungsgesetzbuches zum Bürgerlichen Gesetzbuch bestimmt, daß die landesgesetzlichen Vorschriften über einen mit der Überlassung eines Grundstücks in Verbindung stehenden Altenteilsvertrag, soweit sie das sich aus diesem Vertrag ergebende Schuldverhältnis für den Fall regeln, daß nicht besondere Vereinbarungen getroffen werden, unberührt bleiben. Diese Fassung weicht von der Fassung des Artikels 59 des ersten Entwurfes nur insofern ab, als „Gut“ durch „Grundstück“ ersetzt ist¹⁰⁾.

⁵⁾ vgl. Motive Amtliche Ausgabe, Band II.

⁶⁾ Motive II, Seite 636.

⁷⁾ Seite 145.

⁸⁾ Seite 44 (186).

⁹⁾ Seite 186.

¹⁰⁾ Die Ersetzung des Ausdrucks soll den Zweifel beheben, als ob darunter nur ein größerer, zusammenhängender Komplex landwirtschaftlicher oder städtischer Grundstücke zu verstehen sei.

Aus klugen Erwägungen heraus hat also das Bürgerliche Gesetzbuch die vielen partikularrechtlichen Gesetze über den Altenteil nicht beseitigt und keine einheitliche Regelung für das Reich geschaffen. Es hat aber auch der Landesgesetzgebung nur einen beschränkten Wirkungsraum gelassen; denn der Vorbehalt des Artikels 96 beschränkt sich lediglich auf die mit der eigentümlichen Übertragung eines Grundstücks in Verbindung stehenden Verträge, und die landesgesetzliche Bestimmungsfreiheit gilt nur subsidiär, nämlich, soweit nicht besondere Vereinbarungen getroffen sind. Die Landesgesetzgebung kann schließlich nur den Inhalt des Schuldverhältnisses bestimmen; die Vorschriften über die Begründung und Form des Vertrages erläßt das Reich. Somit bestimmen in erster Linie die Vertragsschließenden selbst den Inhalt des Altenteilsvertrages¹¹⁾. Das Landesrecht kann diese Vertragsfreiheit nicht einschränken. Fehlt es überhaupt an einer Abmachung und an einer Bestimmung des Landesrechts, so sind die Vorschriften des Bürgerlichen Rechts heranzuziehen¹²⁾. Für die Altenteilsverträge aus der Zeit vor 1900 bleibt gemäß Artikel 170 des Einführungsgesetzbuches zum Bürgerlichen Gesetzbuch das alte Recht bestehen, soweit nicht die Landesgesetzgebung etwas anderes bestimmt.

Auf Grund des Vorbehalts des Artikels 96 EGBGB hat Preußen im Artikel 15 des AGBGB die ihm zur Regelung überlassene Materie neu geordnet, nachdem es die bisherigen Gesetze durch Artikel 89 Nr. 5 AGBGB aufgehoben hat¹³⁾. Damit sind also die zahlreichen Provinzialgesetze im preußischen Staatsgebiet beseitigt worden. Das neue preußische Recht hat aber die Materie weder erschöpfend geregelt, noch hat es umfassende Auslegungsregeln geschaffen, und zwar deshalb nicht „weil die Auslegung gerade des Leibgedingsvertrages vielfach von den Anschauungen, Sitten und Gebräuchen der Bevölkerung und den Umständen des einzelnen Falles abhängt. Nur in soweit erschien es nothwendig, von dem Vorbehalt des Art. 96 EG. Gebrauch zu machen, als es sich darum handelte, unausgetragene Streitfragen zu beseitigen und zu verhindern, daß nicht durch Anwendung von Vorschriften des B.G.B., die für das Rechtsverhältnis zwischen dem Gutserwerber und dem Leibgedingsberechtigten nicht passen, Rechtsunsicherheit und Verwirrung entstehen“¹⁴⁾.

¹¹⁾ vgl. auch Meyer, Seite 167.

¹²⁾ vgl. Crusen-Müller, Art. 15. 1, III.

¹³⁾ bei Stranz-Gerhard, Seite 400, 402.

¹⁴⁾ bei Crusen-Müller, Ausf.-Ges., Seite 203.

So hat sich das preußische Ausführungsgesetzbuch, was die rechtliche Natur des Altenteils anbelangt, im Artikel 15 § 1 dahin entschieden, daß es unter Anerkennung der Verschiedenartigkeit der Leistungen aus einem Altenteilsvertrage, zu denen der Übernehmer verpflichtet sein kann, den Altenteil gegebenenfalls in zwei rechtliche Bestandteile zerlegt, und zwar in eine Dienstbarkeit und eine Reallast¹⁵⁾.

Eine Lücke in den bisher ergangenen Gesetzen füllt der Artikel 15 § 8 aus. Er beseitigt die Unerträglichkeiten, die sich oft durch das enge Zusammenwohnen der Berechtigten und Verpflichteten ergeben, indem er ein Umwandlungsrecht gestattet. Der Verpflichtete, der durch sein Verhalten eine solche Störung der persönlichen Beziehungen zu dem Berechtigten veranlaßt, daß diesem nicht zugemutet werden kann, die Wohnung auf dem Grundstück zu behalten, hat dem Berechtigten, falls dieser die Wohnung aufgibt, den für die Beschaffung einer anderen angemessenen Wohnung erforderlichen Aufwand sowie den Schaden zu ersetzen, der daraus entsteht, daß dieser andere ihm gebührende Leistungen nicht auf dem Grundstück in Empfang nehmen kann. Statt der Leistungen kann der Berechtigte eine Entschädigung in Geld verlangen. Aber auch für den Fall, daß der Berechtigte durch sein Verhalten eine derartige Störung veranlaßt, trifft Artikel 15 § 9 eine Regelung: der Verpflichtete kann die Wohnung unter Gewährung einer angemessenen Räumungsfrist aufkündigen. Er hat dann allerdings dem Berechtigten eine Geldrente zu gewähren.

Die im alten Recht sehr zweifelhafte Frage, welche Wirkung der Tod eines von mehreren Altenteilsberechtigten auf den Umfang des Altenteils hat, ist im Artikel 15 § 10 dahin gelöst worden, daß der Verpflichtete durch den Tod eines der Berechtigten zu dem Kopfteile des Verstorbenen von seiner Verpflichtung befreit wird, soweit die geschuldeten Leistungen zum Zwecke des Gebrauchs oder Verbrauchs unter den Berechtigten geteilt werden mußten¹⁶⁾. Das Gesetz hat sich also zu der Ansicht bekannt, die eine Teilung der teilbaren Leistungen verfocht, und die anderen beiden Ansichten, von denen die eine für eine ungeschmälerte Fortreichung der Leistungen, die andre für

¹⁵⁾ Das preußische Ausführungsgesetz hat also die verschiedenartige Struktur des bäuerlichen Altenteils nicht verkannt, glaubt aber das Wesen des Altenteils in zwei sachenrechtlichen Erscheinungsformen, Reallast und Dienstbarkeit, erfassen zu können — ein Irrtum, wie wir ihn häufig in den Bürgerlichen Gesetzbüchern der Länder und den Entwürfen antreffen.

¹⁶⁾ vgl. Seuffert 20, Seite 238; Stobbe § 325 III, Anm. 42.

eine verhältnismäßige, den Gutskräften und den Bedürfnissen des Überlebenden entsprechende Verminderung eintrat, ignoriert¹⁷⁾. Das Ausführungsgesetz folgt damit der Praxis und dem preußischen Obertribunal¹⁸⁾.

Auf die weiteren Bestimmungen des Artikels 15, insbesondere auf die Vorschriften über die Begründung des Altenteils (§ 1), die abgesonderte Wohnung des Altenteilers (§ 5), die fremden Personen (§ 6) und über die Unterlassung einer vertragsmäßigen Leistung (§ 7) kann hier nur verwiesen werden.

Preußen hat den Ländern einen Entwurf des Ausführungsgesetzes übersandt, um eine Einheitlichkeit in den verschiedenen Gebieten zu erzielen. Soweit die Länder neue Bestimmungen über den bäuerlichen Altenteil getroffen haben, lehnen sie sich eng an den preußischen Entwurf an¹⁹⁾. So hat zum Beispiel Waldeck den Artikel 15 des preußischen Gesetzes in seinem Artikel 12 wörtlich wiederholt. Sachsen, Bayern, Hessen und Lübeck sind eigene Wege gegangen, sind aber den Grundgedanken des preußischen Rechts treu geblieben. Auch die später erlassenen Gesetze in Württemberg, Thüringen und Lippe lehnen sich an die Grundgedanken des preußischen Rechts an, so daß E. H. Wilh. Meyer²⁰⁾ in seiner Beurteilung der einzelnen Ländergesetze mit Recht zu der Ansicht kommt, daß man von einem einheitlichen deutschen Altenteilsrecht sprechen könne.

Im Vergleich zu der Verordnung des ehemaligen Fürstentums Hildesheim von 1781 mit ihrer sorgsamten Beschreibung aller mit der Bestellung eines Altenteils verbundenen Rechte und Pflichten erscheinen die Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts, der Bürgerlichen Gesetzbücher und der Entwürfe bis zum Preußischen Recht äußerst dürftig und erwecken den Eindruck, als ob das Interesse und das Verständnis für den bäuerlichen Altenteil nachgelassen hat. Zwar ist die Überwachung der Altenteilsverträge nicht fortgefallen, aber schon die knappen Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts, die wir am Rande des Titels „Von gewagten Geschäften“ antreffen, entbehren der gewohnten Schärfe der Provinzialgesetze. Bei der Lektüre der Altenteilsbestimmungen, insbesondere der Definitionen des bäuerlichen Altenteils, wie wir sie in den Bürgerlichen Gesetz-

¹⁷⁾ vgl. Crusen-Müller, Seite 217.

¹⁸⁾ Band II, Seite 142; vgl. Crusen-Müller, Seite 203.

¹⁹⁾ E. H. Wilh. Meyer, Seite 166.

²⁰⁾ E. H. Wilh. Meyer, Seite 166.

büchern und den Entwürfen²¹⁾ der Länder antreffen, will uns scheinen, als ob über den Streit um die rechtliche Natur des Altenteils das Verständnis für seinen realen Charakter verloren gegangen ist. Der Einfluß von Rechtslehre und Rechtsprechung ist unverkennbar. Andererseits zeigen schon die Motive zu dem Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuches ein feines Verständnis für die Vielgestaltigkeit der sich aus einem Altenteilsvertrage ergebenden Rechte und Pflichten, und weitgehend nimmt der Artikel 15 des AGBGB auf die Anschauungen, Sitten und Gebräuche der Bevölkerung und auf die Umstände des einzelnen Falles Rücksicht. Die Entwicklung des bäuerlichen Altenteils ist also im Laufe des 19. Jahrhunderts in geordnete Bahnen gekommen, und der bäuerliche Altenteil ist nicht mehr den willkürlichen Eingriffen der Grundherren in dem Maße ausgesetzt wie zur Zeit der Hofesrechte und der Provinzialgesetze. Wir glauben nicht zu weit zu gehen, wenn wir annehmen, daß die großen preußischen Reformen des 19. Jahrhunderts einen segensreichen Einfluß auf die Entwicklung der Gutsüberlassungs- und Altenteilsverträge gehabt haben. Das Dekret über den erleichterten Besitz und den freien Gebrauch des Grundeigentums sowie über die persönlichen Verhältnisse der Landbewohner vom 9. Oktober 1807²²⁾ hat ja erst die Grundlage für die weitere Entwicklung des deutschen Bauernstandes und damit für den Volks- und Staatsaufbau gegeben, wenn auch die Regulierung der Bauernstellen sich beinahe bis in das Jahr 1860 hingezogen hat und die großen Reformbestrebungen Steins schließlich an dem Erbe der französischen Revolution, dem bürgerlichen Liberalismus und dem jüdischen Kapitalismus, scheiterten.

Die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts waren nicht geeignet, die Lage der Bauern zu bessern. Die großen Verluste, die gerade der Bauernstand durch den Weltkrieg erlitten hatte, wurden durch die Verluste der Inflation noch bei weitem übertroffen. Die ungeheure Zins- und Steuerlast, eine Folge der Reparationszahlungen, trieb viele Bauern in die Hände gewissenloser Bodenspekulanten, die ihnen Haus und Hof für ein geringes Entgelt abnahmen, so daß R. Walther D a r r é damals

²¹⁾ vgl. insbesondere die dürftige Definition des Sächsischen Bürgerlichen Gesetzbuches von 1863: „Auszug ist eine auf Lebenszeit einer oder mehrerer Personen ausbedungene Leistung, welche entweder als Reallast auf ein Grundstück gelegt oder mit einer Hypothek an einem Grundstück versehen ist“, abgedruckt bei Gruchot XII, 428.

²²⁾ abgedruckt u. a. bei Riehl, Seite 17.

schreiben konnte: „Der germanische Bauernstand Deutschlands wird vielleicht in kurzer Zeit der Geschichte angehören.“²³⁾

Kurz vor dem endgültigen Zusammenbruch des deutschen Bauernstandes erfolgte der Erlaß des Reichserbhofgesetzes. Der Erlaß dieses bedeutendsten Gesetzes der nationalsozialistischen Gesetzgebung wäre nicht möglich gewesen, wenn die Bewegung von ihren Anfängen an nicht mit besonderem Eifer für die Schaffung eines neuen deutschen Bauernstandes gekämpft hätte. Schon das Programm der NSDAP. vom 24. Februar 1920 fordert im § 17 eine den „nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Ent-eignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation²⁴⁾. Un-verkennbar geht das Programm der NSDAP. von dem Grund-gedanken der Stein'schen Reformbestrebungen aus, den deut-schen Bauernstand als Grundlage für den Volks- und Staats-aufbau zu erhalten. Auch hat der Führer diesen Gedanken in seinem Buch „Mein Kampf“ dahin formuliert: „Schon die Mög-lichkeit der Erhaltung eines gesunden Bauernstandes als Fun-dament der gesamten Nation kann niemals hoch genug einge-schätzt werden“²⁵⁾. Der Führer hat diesen Fundamentalsatz der nationalsozialistischen Staatserneuerung in einer parteiamt-lichen Kundgebung über die Stellung der NSDAP. zum Land-volk und zur Landwirtschaft vom 6. März 1930²⁶⁾ weiter aus-geführt und hat insbesondere auf die Bedeutung des Bauern-standes als Nährstand, Hauptträger volklicher Erbgesundheit, Jungbrunnen des Volkes und Rückgrat der Wehrkraft hinge-wiesen sowie die Erhaltung eines leistungsfähigen Bauernstan-des zum Grundpfeiler der nationalsozialistischen Politik er-klärt.²⁷⁾ Mit der Forderung eines deutschen Bodenrechts und einer deutschen Politik wurde zugleich die Forderung nach einer kulturellen und wirtschaftlichen Hebung des deutschen Bauernstandes ausgesprochen, um dadurch vor allem eine Hauptursache der Landflucht zu beseitigen.²⁸⁾

Diese Forderungen der NSDAP. sind im Reichserbhofgesetz verwirklicht worden. Über den Zweck und die Grundgedanken des Gesetzes gibt der Vorspruch zum Reichserbhofgesetz, auf

²³⁾ Bauerntum, Seite 74.

²⁴⁾ vgl. Feder, Seite 18 und die Erklärung Adolf Hitlers vom 13. April 1928 bei Feder, Seite 19.

²⁵⁾ Seite 151.

²⁶⁾ vgl. Feder, Seite 10 ff.

²⁷⁾ bei Feder, Seite 10 ff.

²⁸⁾ bei Feder, Seite 13 ff.

den hier nur verwiesen werden mag, Auskunft. Den bauerlichen Altenteil hat das Reichserbhofgesetz nicht ausdrücklich geregelt. § 31 trifft lediglich Bestimmungen über den Altenteil des überlebenden Ehegatten. An sich hätte das Reichserbhofgesetz bei einer Bestimmung des bauerlichen Altenteils drei Wege einschlagen können:

Es hätte eine ausführliche, für das ganze Reich verbindliche Regelung treffen können,

es hätte sich wie die Ausführungsgesetze auf die Regelung einiger besonders häufiger Streitfragen beschränken können,

es hätte schließlich von einer besonderen Regelung des bauerlichen Altenteils absehen können.

Das Reichserbhofgesetz ist den letzten Weg gegangen. Dieser ist, wie die Darstellung der Entwicklungsgeschichte des bauerlichen Altenteils ergeben haben dürfte, der allein richtige. Eine ausführliche, für das ganze Reich verbindliche Regelung hätte in den einzelnen Ländern zu Härten führen können. Ausschlaggebend für die Regelung des bauerlichen Altenteils muß die örtliche Gewohnheit sein, die entsprechend der Vielgestaltigkeit der deutschen Landschaft und ihrer Bewohner recht eigenartig und mannigfaltig ist²⁹⁾. Die Regelung einiger besonders häufiger Streitfragen muß — wie die Gesetze des 19. Jahrhunderts gezeigt haben — Stückwerk bleiben. Zwar ergeben sich bei der Bestellung des bauerlichen Altenteils nach heutigem Recht auch Streitfragen³⁰⁾, diese können aber durch eine sinnvolle Anwendung der Grundgedanken des Reichserbhofgesetzes leicht behoben werden. So wird der Grundsatz des § 37 Absatz 3 Satz 2 Reichserbhofgesetz bei der Auslegung von Altenteilsverträgen wertvolle Hilfe leisten. Die Bestellung des Altenteils darf nicht den Hof über seine Kräfte belasten.³¹⁾ Eine weitere Hilfe dürfte der § 31 Reichserbhofgesetz geben, obwohl dieser ausdrücklich nur auf den Altenteil des überlebenden Ehegatten bezogen ist. Der Grundsatz aber, daß der Altenteiler „den in solchen Verhältnissen üblichen Unterhalt auf dem Hofe“ verlangen kann, gilt gleichermaßen für den bauerlichen Altenteil³²⁾. § 31 des Reichserbhofgesetzes zeigt außerdem, wie sehr der Gesetzgeber die bauerliche Tradition bewahren will. Diese besondere Rück-

²⁹⁾ vgl. Meyer, Seite 188.

³⁰⁾ vgl. die umfangreiche Rechtsprechung des Reichserbhofgerichts.

³¹⁾ vgl. § 37 bei Vogels, Seite 462 ff.

³²⁾ vgl. Meyer, Seite 169.

sichtnahme auf die Eigenarten der Landschaft und ihrer Bewohner bedeutet jedoch keinen Freibrief für die Bauern. Die Erhaltung des deutschen Bauerntums als Bluts- und Lebensquell der Nation ist nur dann möglich, wenn die Eigenarten der bäuerlichen Bevölkerung, sei es in rassischer oder kultureller Hinsicht, erhalten bleiben. Die Erkenntnis, daß der deutsche Bauer in der Kette der Geschlechter nur ein Glied und somit nur ein Treuhänder des Erbes ist, bestimmt den Inhalt des bäuerlichen Altenteils. Wenn der arbeitsunfähige Bauer seinen Hof an den Anerben übergibt, soll er für den Rest seines Lebens versorgt sein. Er soll die Gewißheit haben, daß seine Versorgung für die letzten Tage seines Lebens sichergestellt ist und daß sein Hof den Nachkommen weiterhin Heimat und Zuflucht sein wird. Diese Garantie ist durch das Reichserbhofgesetz nunmehr gegeben. Schon der Notar, der nach eingehenden Besprechungen mit den Vertragsparteien den Hofesübergabe- und Altenteilsvertrag entwirft, ist darauf bedacht, den Umfang des Altenteils nach der Ertragsfähigkeit des Hofes zu bemessen, da er sonst damit rechnen muß, daß sein Antrag auf Genehmigung des Vertrages durch das Anerbengericht abgelehnt wird. Verfasser weiß aus eigener praktischer Erfahrung, daß gerade die Beratungen der Anerbenrichter darüber, ob der Hof den ausbedungenen Altenteil tragen kann, sehr eingehend und gewissenhaft geführt werden. Es mag bemerkt werden, daß dadurch, daß zwei der Anerbenrichter Bauern und somit mit dem Zustand des Hofes gut vertraut sind, die beste Gewähr für eine gerechte Beurteilung des Vertrages gegeben ist. Maßnahmen, wie sie die Hofesrechte und die Provinzialgesetze einst getroffen haben, sind heute überflüssig. Das Anerbengericht ist der beste Garant für die Erhaltung des deutschen Bauerntums und seiner Höfe. Die Befreiung des deutschen Bauern aus den Händen der Guts- und Grundherrschaft und die Unterstellung unter eine unparteiische und uneigennützige staatliche Institution kann als eine der größten Taten nationalsozialistischer Politik betrachtet werden.

L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S

- Behrends, Heinrich: Das Altenteilsverhältnis nach preußischem Recht seit dem Inkrafttreten des BGB, Diss. Heidelberg 1909.
- Beseler, Georg: Die Lehre von den Erbverträgen, Göttingen 1835—40.
- Beseler, Georg: System des gemeinen deutschen Privatrechts, 4. Auflage 1885.
- Blomeyer, Karl: Deutsches Bauernrecht, Berlin 1936.
- Crusen-Müller: Das Preußische Ausführungsgesetz zum BGB, Berlin 1901.
- Darré, R. Walther: Das Bauerntum als Lebensquell der Nordischen Rasse, München 1933, 2. Auflage.
- Eichhorn, K. F.: Einleitung in das deutsche Privatrecht, 3. Auflage 1829.
- Entscheidungen des Reichserbhofgerichts, herausgegeben von den beamteten Mitgliedern des Gerichtshofes.
- Entwurf eines BGB für das Deutsche Reich, erste Lesung, amtliche Ausgabe 1883.
- Entwurf eines Einführungsgesetzes zum BGB für das Deutsche Reich, erste Lesung, amtliche Ausgabe 1888.
- Feder, Gottfried: Das Programm der NSDAP., München 1933, 116.—125. Auflage.
- Fischer, O.: Lehrbegriff sämtlicher Kameral- und Polizeirechte, Frankfurt 1785.
- Franz, Günther: Der deutsche Bauernkrieg, München-Berlin 1933.
- Grimm, Jakob: Deutsche Rechtsaltertümer, 4. Auflage 1899.
- Grimm, Jakob: Weistümer, Göttingen 1840.
- Gruchot, J. A.: Beiträge zur Erläuterung des Preußischen Rechts, des Handels- und Wechselrechts.
- Hagemann, Theodor: Handbuch des Landwirtschaftsrechts, Hannover 1807.
- Hitler, Adolf: Mein Kampf, München 1933, 30. Auflage.
- Koch, C. F.: Das Allgemeine Landrecht, 8. Auflage 1884.
- Koch, C. F.: Recht der Forderungen, 1859.
- Lennep, K.: Abhandlungen von der Leihe- zu Landsiedelrecht, Marburg 1768.
- Meyer, E. H. Wilh.: Der Übergabevertrag, Köln 1935.
- Motive zu dem Entwurfe eines BGB für das Deutsche Reich, amtliche Ausgabe, Berlin-Leipzig 1888.
- Piepenbrock, Joh.: Die Entwicklung des Altenteils, Diss. Münster 1925.
- Planitz, Hans: Germanische Rechtsgeschichte, Berlin 1936.
- Riehl, J.: Westfälisches Bauernrecht, Minden 1896.
- Runde, Chr. Ludwig: Die Rechtslehre von der Leibzucht, 1805.
- Schmidt, Karl: Gutsübergabe und Ausgedinge, Wien und Leipzig 1920.
- Schröder-Künssberg: Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte, 6. Auflage, 1922.
- Schultze, Alfred: Augustin und der Seelteil des germanischen Erbrechts, 1928.
- Schultze, Alfred: Die Rechtslage des alternden Bauers nach den altnordischen Rechten, Zeitschrift der Savigny-Stiftung 51, Germ. Abt., 1931.
- Sommer, J.: Handbuch über die älteren und neueren bauerlichen Rechtsverhältnisse, 1830.
- Seuffert, J. A.: Archiv für Entscheidungen.
- Stobbe, Otto: Handbuch des deutschen Privatrechts, Band II, 1883; Band V, 1885.
- Stranz-Gerhard: Das Preußische Ausführungsgesetz zum BGB., 1900.
- Vogels, Werner: Reichserbhofgesetz, 4. Auflage, 1937.

- Wigand, Paul: Die Provinzialrechte des Fürstentums Minden, 1834.
 Wigand, Paul: Die Provinzialrechte der Fürstentümer Paderborn und Corvey, Leipzig 1832.
 Zeumer, Karolus: Formulae Merowingici et Karolini Aevi in Monumenta Germaniae Historica, Hannover 1886, Legum Sectio 5, Formulae.

Nicht im Text erwähnt, aber berücksichtigt wurden folgende Schriften:

- Frinken, Theodora: Die Rechtsstellung der weichenden Erben, Berlin 1935.
 Hänsel, Phil. H. Fr.: Die Lehre von dem Auszug oder der Leibzucht, Leipzig 1813.
 Preuß, G.: Die Leibzucht, Hannover 1862.
 Puchta, W. G.: Über die rechtliche Natur der bauerlichen Gutsabtretung überhaupt und mit Altenteilbestellung besonders, Gießen 1837.
 Rößler, Emil Franz: Über das Ausgedinge auf Bauerngütern, Prag 1842.
 Wöhrmann, Otto: Der Hofesübergabevertrag nach dem Reichserbhofgesetz, Berlin 1935.

Mein Lebenslauf.

Ich wurde am 5. Mai des Jahres 1913 zu Berlin-Friedrichsfelde als Sohn des Revisors Wilhelm Grunow und seiner Ehefrau Emma geb. Maresch geboren. Ich besuchte die Kantschule in Berlin-Karlshorst und bestand dort Ostern 1932 das Abitur. Von Obersekunda ab gehörte ich der mathematisch - naturwissenschaftlichen Abteilung der Oberstufe an.

Ich studierte dann an der Universität Berlin die Rechte. Mein siebensemestriges Studium schloß ich am 7. Januar 1936 mit dem Referendarexamen ab. Seit 1. Februar 1936 befinde ich mich im Vorbereitungsdienst.

Schon frühzeitig beschäftigte ich mich mit Musik, Malerei und Dichtung, daneben mit Astronomie und Ornithologie. Meine ersten Veröffentlichungen fallen in das Jahr 1930. Mein erstes Buch „Aufblick und Mahnung“ erschien 1935. Mein lyrisches Schaffen ist eng mit der Musik verbunden. Der größte Teil meiner Gedichte ist vertont und liegt im Druck vor. Das Kulturamt der Reichsjugendführung gab 1936 mein Liederbuch „Wir tragen die Fahne“ heraus. Einige der Lieder gehören zum Liedgut der Hitlerjugend und werden allerorts gesungen.

Alles, was ich bisher geschaffen habe, verdanke ich vornehmlich der aufopfernden Liebe und der nimmermüden Bereitschaft meiner Eltern, denen ich auch hier besonders danken möchte.

Heinz Grunow